



Innenausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

14. Dezember 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

Thema: „**Gesetzliche Grundlage für Mehrarbeit der Feuerwehrleute in NRW**“

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Innenminister Dr. Ingo Wolf entgegen und führt darüber eine Aussprache.

- 2** **Polizeieinsatz aus Anlass des Amoklaufes eines ehemaligen Schülers der Geschwister-Scholl-Realschule am 20.11.2006 in Emsdetten** 2

In Verbindung damit:

Amoklauf an der Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten

Sowie:

Polizeiliche Gefahrenabwehrmaßnahmen nach Emsdetten

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

- 3** **Migranten als Polizeikollegen: Mehr Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund bei der Personalauswahl für den Polizeivollzugsdienst berücksichtigen** 16

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2417

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2545

Abschließende Beratung und Abstimmung

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

4 Bleiberechtsregelung: Endlich Rechtssicherheit für langjährig geduldete Flüchtlinge schaffen! 16

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/2717

Beschlussempfehlung und

Bericht des Innenausschusses

Drucksache 14/2879

Zuschrift 14/671

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/2784

Abschließende Beratung und Abstimmung

Die antragstellende SPD-Fraktion zieht ihren Antrag zurück.

5 Haushaltsnahe Dienstleistungen ausbauen - Perspektiven für ältere Menschen, für neue Arbeitsplätze und zum Abbau illegaler Beschäftigung schaffen 17

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1433

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

6 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I) 18

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 14/2242

Ausschussprotokoll 14/312

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

7 Zukunft für die Demokratie - Kinder und Jugendliche stärker beteiligen 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2871

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimme der Grünen-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Innenausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, den Antrag abzulehnen.

8 Gesundheit stärken - Nichtraucherchutz verbessern und Prävention der Nikotinabhängigkeit ausbauen 20

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2877

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum

Der Ausschuss vertagt die Beratung über den Antrag.

9 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3018

Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung. Über den Termin soll in der nächsten Sprecherrunde eine Entscheidung getroffen werden.

10 Sachstand zu den Erkenntnissen und Hintergründen der sog. Kofferbomben am 31. Juli 2006 21

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen.

11 Die Polizei macht blau 22

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Karl Peter Brendel (IM) entgegen und führt darüber eine Aussprache.

12 Verschiedenes 24

Der Ausschuss verständigt sich darauf, in der nächsten Sprecherrunde eine Entscheidung über die Teilnahme an einer Anhörung des Hauptausschusses zum Thema „Radiofrequenzidentifikation“ teilzunehmen.

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Karl Peter Brendel (IM) über den aktuellen Sachstand zum Digitalfunk entgegen.

9 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3018
Verfahrensabsprache

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei nach Beratung im Plenum am 6. Dezember 2006 an den Innenausschuss überwiesen worden. Er schlägt vor, die kommunalen Spitzenverbände schriftlich anzuhören, um die abschließende Beratung in der nächsten Sitzung am 8. Februar 2007 durchzuführen.

Monika Düker (GRÜNE) beantragt für ihre Fraktion die Durchführung einer mündlichen Anhörung. - **Dr. Karsten Rudolph (SPD)** schließt sich dem Antrag an.

Vorsitzender Winfried Schittges regt an, sich über den Termin und den Ablauf nächste Woche Donnerstag am Rande des Plenums in der Sprecherrunde zu verständigen. - Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Innenminister Dr. Ingo Wolf kündigt an, dass man sich schon in nächster Zeit mit der Umsetzung befassen werde, indem zum Beispiel mit Betroffenen gesprochen werde, um Verzögerungen zu vermeiden.

Monika Düker (GRÜNE) geht davon aus, dass mit allen Maßnahmen, für die eine gesetzliche Regelung notwendig sei, gewartet werde, bis der Gesetzgeber eine Entscheidung herbeigeführt habe. - Das tue man immer, bemerkt **Innenminister Dr. Ingo Wolf**.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

10 Sachstand zu den Erkenntnissen und Hintergründen der sog. Kofferbomben am 31. Juli 2006

Bericht der Landesregierung

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, mit Schreiben vom 4. Dezember bitte die SPD-Fraktion um einen Bericht der Landesregierung.

LdsKD Behrendt (IM) trägt vor:

In der Sitzung des Innenausschusses am 17. August 2006 hat das Innenministerium Sie über den Verfahrensstand informiert, soweit dies vor dem Hintergrund des laufenden Ermittlungsverfahrens möglich war. Die Generalbundesanwältin hatte bereits unmittelbar nach Übernahme des Verfahrens in einer Presseerklärung dar-

